



DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG

**Kriminalprävention durch Umweltgestaltung –
Europäische Erfahrungen in Städtebau und Architektur**

von

Christian Weicht

Dokument aus der
Internetdokumentation Deutscher Präventionstag
www.praeventionstag.de

Hrsg. von

Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks

im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe
(DVS)

Zur Zitation:

Weicht, Ch. (2003): Kriminalprävention durch Umweltgestaltung – Europäische Erfahrungen in Städtebau und Architektur. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.

http://www.praeventionstag.de/content/8_praev/doku/weicht/index_8_weicht.html

Allgemeines

„Kein Schüler darf ein feststehendes Messer bei sich tragen oder benützen, noch irgendwelche Waffe, am wenigsten in der Schule, damit so die Gefahr jederlei Vorkommnisse beseitigt werden“. Mit dieser Schulordnung der Stadt Worms aus dem Jahr 1307, die Prof. Merlert zitierte¹, wird deutlich, dass urbane Menschen schon immer mit ähnlicher Kriminalität konfrontiert wurden, wie sie heute existiert. Und eigentlich war es schon immer das Ziel der Stadtplaner, die Sicherheit in der Stadt zu fördern. Noch heute zeugen mittelalterlichen Stadtmauern und Stadttore von „umweltgestalterischer Projektarbeit“, die Kriminalität aus dem urbanen Raum zu verbannen hatte, häufig sogar mit einer architektonisch wertvollen Lösung.

In der jüngeren Vergangenheit besonders nach dem 2. Weltkrieg, fanden Kriminelle mit der einsetzenden Mobilität neue Möglichkeiten, in Anonymität aktiv zu werden. Um hier entgegen zu wirken, wurde die Polizei ebenfalls mobilisiert. Der Einfluss der Stadtplaner auf die Sicherheit in den Städten fand in Deutschland keine Beachtung mehr, obwohl die Kriminalität stetig anstieg. Und auch in den 80er-Jahren, als deutsche Terroristen die Anonymität der großen Wohnblocks nutzten (z.B. bei der Schleierentführung), fanden nur Aktivitäten innerhalb der Polizei statt, in dem man versuchte, den Wirkungskreis der Terroristen durch datentechnische Fahndungsmethoden und einer besseren technischen Ausstattung der Polizeien entgegenzuwirken. Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung war alleinige Aufgabe der Polizei.

Traditionell richtete und richtet sich auch heute noch die Präventionsarbeit der Polizei an (mögliche) Opfer von Straftaten. Und bezogen auf den öffentlichen Raum bedeutete dies, dass noch in den 90'er Jahren seitens der Polizei Frauen empfohlen wurde, während der Dunkelheit nicht aus dem Haus zu gehen und falls erforderlich, nur in männlicher Begleitung. Erst mit der Gleichstellungsbewegung kam auch in Deutschland (wieder) Bewegung in dem Bereich „Kriminalprävention in Städtebau und Architektur“.

Und dennoch, fast unbemerkt von den Praktikern, werden seit ca. 150 Jahren die Zusammenhänge zwischen Wohnumwelt und Kriminalität untersucht. Dabei beabsichtigen die meisten Arbeiten allerdings, in Form einer Regionalanalyse, einen effektiveren Personaleinsatz der Polizei. Untersuchungen, die gezielt kriminalpräventiv wirkende Möglichkeiten von urbanen Raumstrukturen erforschen, sind eher in jüngster Vergangenheit veröffentlicht worden. Erwähnenswert ist für den deutschsprachigen Bereich neben anderen der „Kriminalitätsatlas Bochum“², der vorherige Untersuchungen bestätigte und u. a. feststellte, dass überproportional viele Tatverdächtigen in solchen Gebieten mit ungünstiger Sozialstruktur wohnen und dass deren Baustruktur nur eine mittelbare Rolle spielt³. Interessant ist auch, dass ein starker

Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Kriminalität besteht⁴. Schließlich ist die Wahlbeteiligung ein Anzeichen für das Interesse der Einwohner für ihr eigenes Umfeld⁵.

Präventionsmöglichkeiten

Mittels der Stadtplanung können im Bereich der primären und der sekundären Kriminalprävention Ergebnisse erarbeitet werden.

Dabei greift die primäre Kriminalprävention an die „Wurzeln“ der Kriminalität, in dem

- Normen verdeutlicht werden,
- das Rechtsbewusstsein stabilisiert wird und
- die tiefliegenden Ursachen der Kriminalität beseitigt werden (z.B. Sozialisationsdefizite oder soziostrukturelle Mängellagen). Prof. Schwind fordert u. a. „eine (neue) Baupolitik, die sich an dem Grundsatz orientiert, dass Wohnen wieder Spaß machen muss⁶“.

In diesem Bereich der Kriminalprävention arbeiten viele städtebauliche Konzepte auf Bundesländer- oder kommunaler Ebene, wie z.B. das Programm „Soziale Stadt“ (www.sozialstadt.de) oder das nordrheinwestfälische ressortübergreifende Handlungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“. Dabei zielen diese Projekte allerdings nur auf bereits bestehende und sozial gefährdete Stadtviertel oder Nachbarschaften. Nur vereinzelt existieren Arbeiten, die die Erkenntnisse der Kriminalprävention bereits in der Planung mit berücksichtigt haben.

Die sekundäre Kriminalprävention bekämpft die Kriminalität an der Oberfläche.

- Durch Veränderung der Tatgelegenheitsstrukturen,
- Erhöhung des Entdeckungsrisikos und
- Minimierung der Beuteerwartung

haben die Maßnahmen das Ziel, einen vermeintlichen Straftäter zur Aufgabe seines Tatvorhabens zu bewegen.

Nur bestimmte Delikte sind durch Maßnahmen der situativen Kriminalprävention präventabel. Speziell trifft dies auf den Bereich der Straßenkriminalität zu, also solche Delikte, die im öffentlichen, oder aus dem öffentlichen Raum heraus begangen werden. Dies sind insbesondere:

- Sachbeschädigung (auch Graffiti und Tags)

- Delikte rund ums Kraftfahrzeug
- Körperverletzung
- Raub
- Diebstahl und Einbruch.
- Auch der Wohnungseinbruch zählt zu dieser präventablen Deliktsform⁷.

Sehr häufig erreichen die Maßnahmen gleichzeitig eine Beseitigung von Angstorten/-räumen. Raumbezogene situative Kriminalprävention, das heißt Maßnahmen, die die Wahrnehmung des Raumes durch Bewohner oder Außenstehende beeinflussen und so Anreiz zur Begehung von Straftaten entgegenwirken, haben immer eine Minimierung der Kriminalitätsfurcht der Besucher des veränderten Raumes zur Folge.

Durch Zonenbezogene situative Kriminalprävention in der Umsetzung der Erkenntnis, dass sich bestimmte Delikte an bestimmten Orten zu bestimmten Zeiten häufen und der dann Zielgerichteten Prävention durch mehr Kontrolle oder Veränderung des Raumes wird eine Minimierung der Kriminalitätsfurcht nur bedingt erreicht. Da sich die Kenntnisse über kriminelle Vorfälle verfestigt haben, wird eine positive Rückgewinnung des Raumes viel Zeit benötigen und sollte durch lange, intensive Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

Kriminalprävention ist also nicht mehr die alleinige Aufgabe der Polizei. Viele kommunale Aufgaben beeinflussen die Kriminalitätsentwicklung. Dass in vielen Kommunalverwaltungen die Umsetzung von Sicherheitsbelangen eher in der Zuständigkeit von privaten Trägern, Bewachungsunternehmen oder Bürgerwehren gesehen wird, ist erstaunlich. Die effektiven, aber Ämter übergreifenden Lösungsmöglichkeiten, wie z.B. einer Wohnumfeldgestaltung (Planungsamt, Sozialamt, Jugendamt, Rechtsamt, Grünflächenamt, Kämmerei und Polizei) macht deutlich, welche Koordinationsschwierigkeiten auftreten können. Die Ordnungspartnerschaften zwischen Kommunen und Polizei sind hier ein gutes Hilfsmittel. Sie sollten aber an einer funktionierenden Koordinationsstelle innerhalb der Kommune angesiedelt sein, z. B. beim Bürgermeister.

Erkenntnisse durch Beteiligung der Polizei

Polizeibeamten/innen wissen, wie Täter vorgehen. Durch Auswertung ihres Wissens können die Beamten/innen Empfehlungen geben, wie ein effektiver Schutz vor Straftaten möglich wäre.

- Beispiel Blumenkübel: Während Blumenkübel auf Bahnhofsvorplätzen von Dealern als Versteck für ihre Drogen dienen und zur Entstehung einer offenen Drogenszene beitragen können, dienen Blumenkübel vor einem Juweliergeschäft als Durchfahrtsperre, um Einbruchsdiebstähle durch Einrammen der Schaufensterfassade mittels eines Fahrzeuges und das anschließende Ausräumen der Auslagen zu verhindern.
- Beispiel Täterverhalten: Während der Täter beim Handtaschenraub Plätze und Wege mit geringer Sozialkontrolle sucht, genießt er beim Taschendiebstahl die Deckung der Menschenmenge.

Das Wissen um die Konzentration von Straftaten in Raum und Zeit ist innerhalb der Polizei vorhanden. Und dieses Wissen ist eine Voraussetzung dafür, dass bereits vorhandene Gelegenheitsstrukturen beseitigt werden oder neue Strukturen erst nicht entstehen. Natürlich kann dieses Wissen auch in Planungsprozesse, möglichst schon in der Designphase eingebracht werden.

Auch innerhalb der Bevölkerung besteht übrigens der Wunsch, nach einer Zusammenarbeit zwischen Bauplanern und Polizei. So antworteten in der Bürgerbefragung zur Kriminalitätsthematik im Kreis Lippe⁸ (Rücklaufquote 30,4% 1824 Fragebögen) 72% der Befragten mit -ja- auf die Feststellung: „Es müsse festgelegt werden, dass in den politischen Gremien meiner Stadt/ Gemeinde immer dann polizeilicher Rat eingeholt werden soll, wenn es um Angelegenheiten wie z.B. Planung von Siedlungen, Parkhäusern, Schulzentren, Anlage von Straßenbeleuchtung und von Bushaltestellen geht“.

Genauso wie die Polizei aber nicht die Feuerwehr für alle sozialen Probleme ist, kann auch die Umweltgestaltung nicht die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme sein.

Dass man sich innerhalb der Stadtplanung mit der Verkehrssicherheit und -leichtigkeit beschäftigt, ist seit langem in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Und dass im Straßenverkehr menschliches Verhalten durch städtebauliche Maßnahmen beeinflusst wird, erleben wir täglich, z.B. verkehrsberuhigte Bereiche mit Geschwindigkeitsreduzierenden Maßnahmen, wie Pflasterung, Bremstrichter u. a. m. Eine Reduzierung der Unfallzahlen konnte trotz steigender Anzahl von Fahrzeugen erreicht werden. Es ist heute eine Selbstverständlichkeit, dass Gelder für die Verkehrssicherheit oder -leichtigkeit in öffentlichen Haushalten eingeplant werden.

Warum dann nicht auch Maßnahmen treffen, die Kriminalitätsfaktoren beseitigen? Schließlich ist Kriminalität menschliches Verhalten.

Weitere Erkenntnisse

Bereits 1992 stellte das LKA Düsseldorf in der Analyse von Raubtaten in Wohnungen⁹ fest, dass die Täter die Tatobjekte nach Faktoren auswählen, die die Tatausführung begünstigen. Als wesentliche Faktoren wurden insbesondere die Lage (Anonymität, Fluchtmöglichkeit, geringes Risiko des Entdecktwerdens), der vom Opfer erwartete Widerstand und der Tat entgegenstehende Sicherungseinrichtungen genannt.

So konnten wir in der Studie über Wohnungseinbrüche im Kreis Lippe feststellen, dass Wohnungseinbrecher das Gebäudeumfeld für eine gute Fluchtmöglichkeit nutzten. An das Grundstück angrenzende offene Gärten, angrenzende Felder oder Wälder erhöhten das Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden. Darüber hinaus wurde uns deutlich, dass durch architektonische Planungen Gebäude einerseits derart gestaltet werden können, dass eine Gefährdung für das Gebäude erhöht sein kann, es aber auch andererseits möglich ist, Spontantäter durch eine kriminalpräventive Gebäudegestaltung davon abgehalten werden, eine Tatausführung zu planen und somit einen Wohnungseinbruch in das zu planende Gebäude auch nicht durchführen werden.

Es braucht aber auch keine große Anstrengung, um den Zusammenhang zu erkennen, der zwischen dem Nichtmögen eines Raumes und der Verursachung von Vandalismusschäden besteht, oder dem Zusammenhang zwischen dem Vandalismusschäden und der Angst vor Kriminalität.

Die Frage, ob Städtebau Kriminalität beeinflusst, muss mit einem Ja und einem Nein beantwortet werden. Nein, weil die Gestalt einer Stadt oder eines Quartiers nicht direkt kriminelle Handlungen verursachen. Ja, da Architektur und Städtebau über die Möglichkeit verfügen, die Gemeinschaft zu beeinflussen, aber auch Tatgelegenheiten zu schaffen, die kriminelles Handeln begünstigen können.

In anderen europäischen Ländern sind diese Möglichkeiten belegt. So beschäftigen sich in Großbritannien Architekten, Stadtplaner und Polizei bereits seit mehr als 30 Jahren mit Möglichkeiten, wie durch städtebaulicher Planung und Gebäudearchitektur Straftaten verhindert werden können¹⁰.

Crime Prevention through Environmental Design – CPTED

In einer Vielzahl von Experimenten in den USA, Kanada und Großbritannien wurde gezeigt, dass spezielle Kriminalitätsformen durch Ab- oder Veränderungen der Tatgelegenheiten in der gebauten Umgebung reduziert werden können.

Beispiel: Bewegt man die nächtlichen Kneipengängermassen nach Geschäftsschluss immer durch die leeren Fußgängerzonen wird dies zwangsläufig zur Reduzierung der Fallzahlen im Bereich Einbruch und Vandalismus führen.

Beispiel: Die Kontrolle der Zugänge in die Parkhäuser und natürlich wirkende Beleuchtung unterirdischer Parkhäuser wird die Möglichkeit zur Erkennung und das Ergreifen von Straftätern erleichtern. Dieses wiederum wird zu einer Reduzierung der Delikte rund ums Kfz führen und bei den Besuchern die Angst vor einem Überfall nehmen. Die Liste der erfolgreichen Beispiele zur Reduzierung der Tatgelegenheiten könnte weiter fortgesetzt werden.

In Kanada und USA wird das Wissen zur Vermeidung von Tatgelegenheiten und Angsträumen als „Crime Pervention through Environmental Design – CPTEP (gesprochen Septed)“ bezeichnet. In Europa ist das Konzept auch als „die Reduzierung von Kriminalität und der Kriminalitätsfurcht durch städtebauliche Planung und Architekturdesign“, kurz „Designing out Crime (DOC)“ bekannt.

Erkenntnisse anderer europäischer Länder

Großbritannien

- 1976 begann man bereits die Erkenntnisse von Newman umzusetzen
- 1980 wurden mit der Untersuchung „Designing out Crime“ die Grundlagen gesetzt für das
- 1988 ins Leben gerufene Programm Save Cities und
- 1990 wurde das Projekt „Secure by design“¹¹ gestartet, das 1989 in Schottland begonnen und von der Association of chief police officers und der crime prevention agency des Home office unterstützt wird. Öffentliche Bauträger werden mit dem „Secured by Design-Award“ ausgezeichnet, wenn sie sich im Planungsstadium durch die Polizei beraten lassen und deren Empfehlungen umsetzen. Bis Februar 1996 wurden bereits 42.000 Auszeichnungen vergeben¹². Jede Polizei hat mittlerweile mindestens eine/n crime prevention design advisor oder architectural liaison officer. Diese speziell geschulten Polizeibeamte/innen, die über keine speziellen architektonische Ausbildung verfügen, bewerten die geplanten Bauobjekte aus polizeilicher Sicht. Sie geben Empfehlungen, um kriminalitäts- oder die Kriminalitätsfurcht fördernde Schwachstellen nicht entstehen zu

lassen, damit spätere kostenaufwendige Veränderungsmaßnahmen zur Erhöhung (Normalisierung) der Sicherheit vermieden werden.

Zu Beginn dieser neuen Methode traten einige ernste Verzahnungsprobleme auf. Drei wertvolle Erfahrungen (geht/ geht nicht) können daraus abgeleitet werden:

Als erstes wurde deutlich, dass einige Autoren das Gespür für den menschlichen (den sozialen) Faktor verloren hatten. Bei der zu großen Gewichtung im Bereich der physikalischen Umwelt vergaßen die Planer Täter und Opfer. Ein sicherer urbaner Raum ist das Resultat einer Sicherheitspolitik, die auf einem physikalischen und sozialen Umfeld ausgerichtet ist.

Das zweite Problem war, dass einige Praktiker sich vollständig auf die Stadtplanung und die Gebäudeplanung konzentrierten und dabei vergaßen, dass jedes neu gebildete Gebäude, jede Nachbarschaft oder öffentlicher Raum eine entsprechend gute Instandhaltung benötigt. Ohne diese Instandhaltung wird sich jeder Plan und jedes Design verschlechtern und mit der Zeit vernichtet.

Die dritte wichtige Erfahrung war, dass zu Beginn jede Planungsgruppe zu eifrig bedacht war, alle erdenklichen Kriminalitätsformen beseitigen zu können. Es verging einige Zeit, bis man erkannte, dass Kriminalprävention als eine gemeinschaftliche Verantwortung verschiedener sozialer Bereiche gesehen werden muss und deshalb eine breit gefächerte Partnerschaft von Bürgervertretungen, Politikern, private und freiwillige Mitarbeiter, Bürger, Polizei, städtebauliche Planer, Architekten sowie die Instandhaltung braucht.

All diese drei Erfahrungen sind heutzutage eingeflossen in das, was nun bekannt ist unter „The second generation of designing out crime“.

Niederlande

Aufbauend auf den Erfahrungen des Programms „Secured by Design“ (www.securedbydesign.com) entwickelte die niederländische Polizei das Sicherheitslabel „Politiekeurmerk - Veilig Wonen©“ (www.politiekeurmerk.nl www.veiligwonen.nl). Für Wohnungen, Häuser oder ganze Stadtviertel wird das Sicherheitslabel vergeben, wenn bestimmte Sicherheitsmerkmale, besonders technischer Art, berücksichtigt werden. (In einige der 80.000 so gesicherten und gekennzeichneten Wohnungen wurde zwar versucht einzubrechen, allerdings wurde niemals die vorhandene Sicherungstechnik überwunden¹³.) Seit 1999 wurde die NEN 5096 und 5087 (Niederländische Normen zum Einbruchschutz) in die Bauordnung mit aufgenommen, so dass seit dem in den Niederlanden Gebäude nur noch einbruchhemmend

gebaut werden dürfen¹⁴. Das Label ist als Projekt ausgelegt, in dem die Polizei sich als „Anlassmotor“ sieht, so dass die personellen Ressourcen der Polizei nach einiger Zeit nicht mehr benötigt werden.

Entwicklung in Europa

Aufbauend auf den in unseren europäischen Nachbarländern gefunden Erkenntnissen findet zurzeit in Europa eine sehr spannende Entwicklung statt: Es wird eine europäische Norm zur Kriminalitätsreduzierung durch städtebauliche Planung und Gebäudedesign, also ein CPTED-Standard, entworfen.

Bereits Mitte der 90'er Jahre entschloss man sich, einen generellen Prozessesstandard zu entwickeln. Dieser Standard hatte sich darauf zu konzentrieren, welche Möglichkeiten lokale und regionale Verantwortungsträger, Stadtplaner, Architekten und Bauingenieuren zur Reduzierung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht in der Zusammenarbeit mit Polizei, Sicherheitsunternehmen, Versicherungen und Bewohnern haben.

CEN (TC 325)

Januar 1996 trat das Technische Komitee 325 der CEN (TC 325) erstmals in Dänemark zusammen. Beteiligte Länder waren: Niederlande, Belgien, Dänemark, Frankreich, Norwegen, Großbritannien, Schweden und Österreich. Die Aufgabe des TC 325 ist die Vorbereitung einer europäischen Norm für Gebäudedesign und Stadtplanung. Darin sollen die Anforderungen beschreiben werden, die für eine kriminalpräventive Gestaltung von neuen oder bestehenden Wohngebieten, inklusive lokaler Geschäfte erforderlich sind, um Sicherheit und Komfort zu wahren und die Furcht vor Gewalttaten zu minimieren¹⁵.

Hierzu wurden zunächst drei, später vier Arbeitsgruppen (Working groups WG) gebildet:

- WG 1 - in Arbeit - (Terminologie): Diese Gruppe konzentriert sich darauf, Bezeichnung sowie Definition und ist Grundlage für die beiden anderen Arbeitsgruppen zu finden. Diese Gruppe wird von Frankreich geleitet.
- WG 2 (Stadtplanung): Die Arbeitsgruppe hat mittlerweile einen Standard entwickelt. Er ist mittlerweile in der pr ENV 14383 – 2 (Sicherheitsaspekte in der Stadt- und Gebäudeplanung) veröffentlicht. Den Vorsitz hatte Paul van Soomeren, DSP-Groep, Niederlande.
- WG 3 – in Arbeit - (Wohngebäudedesign) wird von Großbritannien, Tim Prescore, BRE, geleitet.

- WG 4 – in Arbeit - (Büro- und Geschäftsgebäudedesign)

pr ENV 14383 – 2¹⁶

Es war erforderlich, einen Standard der Kriminalprävention in Städtebau und Architektur zu finden, der anwendbar war, egal ob im Stadtaußenbezirk von Wien, beim Neubau eines Wohnhauses oder der Umgestaltung einer Industriebrache in Gelsenkirchen oder eines Neubaugebietes in Helsinki. Die Norm ist in drei Bereiche unterteilt:

1. Einleitung
2. Entwurfsrichtlinien
3. Prozessablaufbeschreibung

1. Einleitung

Obwohl vielleicht eine Vielfalt von Akteuren involviert ist, ist die methodische Erarbeitung über die Frage: „Wo, was und wer“ sehr leicht.

Im Mittelpunkt des europäischen CPTED- Standards steht der Stadtraum und damit vornehmlich folgende 8 Raumarten, wobei natürlich berücksichtigt werden muss, ob es sich um ein neuen oder ein bereits existenten Raum handelt:

- Wohngebiet
- Schule/ Jugendeinrichtung
- Gewerbe/ Industrie/ Büro
- Einzelhandel
- Park
- Freizeiteinrichtungen
- ÖPNV
- Öffentlicher Raum.

Welches spezielle Problem soll im geplanten Raum oder welches Problem soll durch die Sanierung in Zukunft beseitigt werden. Dabei werden neben der Kriminalitätsfurcht bestimmte Kriminalitätsformen berücksichtigt:

- Gebäudeeinbruch
- Vandalismus
- Straßengewalt
- Kriminalität rund ums Kfz
- Diebstahl sowie
- Brandstiftung.

Um Kriminalität und Kriminalitätsfurcht in einem neuen oder in einem bereits existierenden Raum zu verhindern, ist es zwangsläufig notwendig, betroffene Personen und Organisationen zu beteiligen, z. B.:

- Politiker, Verantwortungsträger
- Architekten und Städtebauer
- Bauherren
- Polizei
- Sicherheitsfachleute
- Kommunalverwaltung
- Sozialarbeiter
- Bewohner, Geschäftsleute

2. Entwurfsrichtlinien

Die Norm zeigt mehrere Richtlinien auf, aus denen beispielhaft Maßnahmen und Aktionen gewählt werden können. Dabei wird unterschieden, ob es sich um eine Planungsstrategie, eine Entwurfsstrategie oder eine Maßnahme handelt. Nicht alle Strategien sind in jedem Fall und in jedem Milieu effektiv. Einige Strategien helfen nur in speziellen Umfeldern oder helfen nur bestimmten Kriminalitätsformen vorzubeugen.

Die zentrale Idee dieser europäischen Norm der Kriminalitätsprävention durch städtebauliche Planung ist, dass in einer bestimmten Situation alle Interessenvertreter involviert sind, um eine Liste der Strategien und Maßnahmen zu diskutieren, die in dem Standard niedergelegt sind, fokussiert auf einen konkreten Bauplan irgendwo in Europa.

In einem solchen Projektteam werden die Standardbeispiele und -verfahren diskutiert. Schritt für Schritt ist die Handlungsmethode in der Norm beschrieben, um einen effektiven und effizienten Planungs-, Ausführungs- und Evaluationsprozess zu unterstützen.

3. Prozessablaufbeschreibung

Ein Prozess Flow chart erklärt Schritt für Schritt, wie ein guter CPTED- Prozess wirksam läuft und ist gegliedert in:

1. Einschätzung/ Analyse
2. Ziele
3. Planung
4. Entschließung der lokalen Verantwortungsträger
5. Ausführung
6. Evaluation und Verbesserungen

Zusammenfassend konfrontiert die Norm die Nutzer mit der Frage der Reduzierung der Kriminalität und der Kriminalitätsfurcht innerhalb der städtebaulichen Planung mit

- Ideen, wie Kriminalprävention in der städtebaulichen Planung angegangen wird
- einer Beschreibung, wie ein möglicher CPTED Prozess organisiert werden kann.

Leider ist diese Norm weder Gesetz noch Pflicht. Es ist noch nicht einmal obligatorisch, dass ein solcher Standard genutzt wird. Allerdings kann eine Gruppe von Entscheidungsträgern oder lokaler/ oder regionaler Verantwortungsträger, die für ein bestimmtes Bauprojekt verantwortlich sind, übereinkommen den ENV- Standard anzuwenden. Von diesem Moment ist die Norm eine freiwillige Verpflichtung, die alle weiteren Entscheidungsträger bindet. Der Entwurf der Europäischen Norm zur Kriminalprävention durch Städtebau und Architektur ist fertig und viele europäische Länder haben sich daran beteiligt. Aber immer noch scheinen sich einige Länder über die Bedeutung und die Möglichkeiten einer solchen europäischen Norm nicht bewusst zu sein. Dadurch dass sich einige Länder an der Entwicklung dieser Norm nicht beteiligen, fehlt es in den Normausschüssen am erforderlichen staatlichen Rückhalt.

weitere Umsetzung in europäischen Ländern

Schweden

In Schweden wurde 1996 im nationalen Programm zur Verbrechensbekämpfung¹⁷ durch das Justizministerium erklärt, dass „die schwedische Regierung die Baubehörde damit beauftragen wird, Wissen um den Einfluss von Bauplänen und die Gestaltung einzelner Gebäude auf die Kriminalität zusammenzutragen und dafür Sorge zu tragen, dass präventive Aspekte in die Entscheidungsgrundlage sowohl bei der Planung neuer Gebiete als auch bei der Veränderung älterer Gebiete mit einbezogen werden“. Hieraus wurde unter Beteiligung der Kommunalverwaltung, Architekturhochschule, Wohnbauunternehmen, Hersteller von Sicherheitsprodukten, Polizei und Feuerwehr „Bo Tryggt 2001“ (Wohne sicher) (www.polisen.se/stockholm) entwickelt. Dabei handelt es sich um ein Empfehlungspapier, wie die Sicherheit in der urbanen Umweltgestaltung eingebunden werden kann. Die Grundlagen der CEN 325 sind bereits eingearbeitet. Interessant ist die Idee der Checklisten, mit denen die Projektbeteiligten sich nicht nur überprüfen, sondern auch ihre Tätigkeit gezielt einbringen können.

Dänemark

Die pr ENV 14383-2 wurde bereits veröffentlicht und wird entsprechend angewandt. Des Weiteren sind der Dansk Standard DS/ 2470 (Re commendation for technical prevention of violence and vandalism) und DS/Inf 471 (Direction for technical prevention of crime in town centres and shopping centres) in Kraft.

Finnland

Per Erlass wurden die Kommunen Finnlands angewiesen, präventiv mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Durch die Polizeibehörden wurden daraufhin regionale Arbeitskreise gebildet, die die Tätigkeitsfelder in der Prävention (insbesondere auch in der Stadt- und Verkehrsplanung) festschrieben, so dass jeder Sachbearbeiter, also auch der Stadtplaner weiß, wie er in seinem Sachgebiet präventiv arbeiten muss¹⁸. In die Planung neuer Baugebiete werden über die Schulen Kinder und Jugendliche mit eingebunden. So finden auch deren Bedürfnisse Berücksichtigung (Jugendliche, die in Deutschland aus der familiären Wohnung ausweichen wollen, finden kaum geeigneten Freiraum.)

Estland

In Estland ist geplant, mit EU-Beitritt 2004 die ENV 14383 zu ratifizieren.

Österreich

Im Fachnormausschuss FNA 011 (Hochbau, allgemein) der Oenorm wurde der Unterausschuss FNUA 011h eingerichtet, der sich mit den Sicherheitsaspekten in der Stadt und Gebäudeplanung beschäftigt. Über diesen Ausschuss erfolgte die Beteiligung an der CEN 325. Die ENV 14383-2 ist bereits veröffentlicht. Auch in Österreich erfolgt eine Einbindung der Gleichstellungsstellen, insbesondere der Gleichstellungsstelle der Stadt Wien.

Sachstand in Deutschland

Trotz verschiedenster Bemühungen, auf Landes- und Bundesebene (www.kriminalpraevention.de) einheitliche Präventionsstandards zu entwickeln, ist der Bereich der Kriminalprävention im Städtebau und Architektur noch relativ unbeachtet und regional sehr unterschiedlich entwickelt.

Einige Hochschulen bieten bereits in den Studienbereichen Architektur, Stadtplanung Vorträge oder Seminarveranstaltungen an, die sich mit der Kriminalprävention in Städtebau und Architektur beschäftigen (www.sicherestadt.de). Stadtplaner werden sich zukünftig noch intensiver mit Themen der Kriminalprävention beschäftigen müssen. Die über Jahrzehnte gewonnenen Erkenntnisse aus den europäischen Nachbarländern werden Berücksichtigung finden. Die „European Designing Out Crime Assosiation (E-DOCA)“ (www.e-doca.net), als europäische Charter der „International CPTEP Assosiation (ICA)“ (www.cptep.net) wird ihren Beitrag liefern und unterstützend wirken, z.B. durch das internationale Netzwerk.

Dabei kann die Einbindung des Fachwissens der Polizei in die Stadtplanung vielseitig erfolgen. Mittlerweile existieren in allen Polizeien des Bundes und der Länder speziell benannte Polizeibeamte/innen, die über besondere Kenntnisse der Kriminalprävention verfügen (www.polizei.propk.de/rathilfe/suche.xhtml). Im Bundesland Nordrhein-Westfalen existieren beispielsweise in den Polizeibehörden eigens eingerichtete Kommissariate „Vorbeugung“, in denen Beamten/innen eingesetzt sind, die über spezielle Kenntnisse im Bereich der Kriminalprävention im Städtebau verfügen¹⁹. Sie stehen zu Beratungen der Kommunen in Sachen Kriminalprävention im Städtebau gem. Gemeinsamer Runderlass zur Kriminalitätsvorbeugung vom 05.11.2002 verschiedener Ministerien des Landes Nordrhein-Westfalen²⁰ zur Verfügung zur Verfügung.

Die Beteiligung der Fachberater kann aber auch über die Stellungnahme gem. § 4 BauGB als TöB (Träger öffentlicher Belange) hinaus erfolgen, z.B. durch Schulungen oder Vorträge für Sachbearbeiter/innen der Planungsämter oder Berufsgruppen. Örtlich kann die Umsetzung im Rahmen der Ordnungspartnerschaften erfolgen. Allerdings ist Kriminalprävention im Städtebau in so manchen Polizeibehörden noch nicht etabliert. Einige Polizeiführer sehen in dieser Tätigkeit eine zu hohe Kräftebindung. Da sofortige und messbare Ergebnisse nicht präsentiert werden können, verkennt man die dauerhafte Wirkung einer Umsetzung. Trotz allem sind schon einige wertvolle Projekte gelaufen, die als CPTED- Projekte gelten könnten:

Bebauungsplan Detmold - Leistrup

In enger Zusammenarbeit zwischen dem Planungsamt der Stadt Detmold und dem Kommissariat Vorbeugung der Kreispolizeibehörde Detmold wurde ein Wohngebiet entwickelt, in dem eine Vielzahl kriminalpräventive Grundgedanken berücksichtigt wurden. Hieraus entstand in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Detmold und dem Kommissariat Vorbeugung eine Checkliste für Neubaugebiete im ländlichen Bereich²¹, die als Checkliste für Sachbearbeiter/innen und Mitglieder/innen der Planungsausschüsse gedacht ist.

Präventionsplakette Gütersloh

Ähnlich wie im niederländischen Projekt „Veilig Wonen“ wird durch die Kreispolizeibehörde Gütersloh an interessierte Gebäudebesitzer die Präventionsplakette vergeben, wenn die Empfehlungen der Polizei in Sachen Einbruchschutz umgesetzt wurden²². Das Projekt, was eher als Belohnung und nicht als Sicherheitlabel angesehen wird, dient als Vorbild für mehrere ähnliche Projekte (Kreispolizeibehörde Bergheim, LKA Sachsen). Das Gütersloher Projekt wurde im Oktober 2002 durch das European Crime Prevention Network als „best practice-project“ ausgezeichnet.

Ergebnis

Designing out crime ist eine reale, effektive und ausgereifte kriminalpräventive Strategie. Leider ist diese Strategie bei den Verantwortungsträgern immer noch wenig bekannt. Sie scheinen immer noch darüber im Unklaren zu sein über:

- dass Kriminalprävention durch Städtebau und Gebäudedesign eine wichtige und effektive Möglichkeit ist, Kriminalität zu reduzieren,
- was getan werden muss (die Bestandteile, das Ausmaß und die bereits bekannten best practices)
- und drittens wie gehandelt werden muss (die Hilfsmittel und der Verlauf).

Nicht nur den Verantwortungsträgern fehlt es an Informationen und Wissen. Das gleiche gilt für viele andere Beteiligte, wie Stadtplaner, Architekten, Versicherungen, Bewohner, Bauherren aber auch innerhalb der Polizei.

Dabei gebe es viele Möglichkeiten, diese Informationen zu verbreitern: Berichte, Artikel, Broschüren, die Webseite der E-DOCA. Die Frage ist aber, wie Sie in Ihrer Stadt oder Gemeinde ein CPTED- Projekt implementieren können. Dies ergibt sich eigentlich schon aus den Erklärungen der Planungsstruktur oder des Planungsprozesses unter der Einbeziehung der Kriminalprävention. Ein Weg hierfür Hierzu können zum Beispiel innerhalb der Kommune

„baupolitische Ziele“ vereinbart werden. Die ICA und E-DOCA sind Ihnen gern bei der Umsetzung behilflich.

Kriminalprävention in Städtebau und Architektur scheint auch heute örtlich noch gleichstellungsspezifisch besetzt zu sein. Einerseits ist dies sinnvoll, da über diesen Weg oft der Zugang geschaffen werden kann. Es wäre aber vollkommen falsch, die Kriminalprävention in der Umweltgestaltung nur in diesem Bereich zu sehen. Dafür sind die Möglichkeiten einer kriminalpräventiven Gestaltung viel zu umfangreich.

Auch nach Prof. Kube²³ gewinnt das Thema Städtebau und Kriminalität in letzter Zeit erheblich an Bedeutung. So haben das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und der dortige Städtetag bereits 1999 einen Arbeitskreis aus Stadtplanern und Vertretern der Polizei gegründet, der u. a. praktische Arbeitshilfen und Materialien zur Berücksichtigung kriminalpräventiver Ziele in der Stadtplanung entwickeln soll und über beispielhafte Projekte informieren soll. Die Länder Rheinland-Pfalz²⁴ und Niedersachsen²⁵ haben bereits Broschüren zu diesem Thema veröffentlicht.

Des Weiteren können die Beobachtungssysteme der Stadtforschung, insbesondere der Sozialraumanalyse und die kriminologische Regionalanalyse sich ergänzen und so nicht nur den Stadtplanern wichtige Informationen zur Planung geben und damit einen Beitrag für eine langfristig wirkende Kriminalprävention innerhalb der Gemeinden und Städte schaffen.

Auch auf gesellschaftliche Veränderungen kann durch gemeinsames vorausschauendes Handeln kriminalpräventiv im Städtebau reagiert werden. So wird beispielsweise die langfristig gesehene Verlagerung von Arbeitsplätzen in Wohnbereiche dazu führen, dass bestimmte Delikte in Wohngebieten zurückgehen und ein höheres Kriminalitätsaufkommen z.B. in den Industriegebieten entstehen. In vielen Kommunen fehlen zurzeit kriminalpräventive Argumente gegen das gefundene Einsparpotenzial der „Abschaltung der Straßenbeleuchtung“.

Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird, nach den positiven Erfahrungen im europäischen Raum, vermehrt auch in deutschen Städten eingesetzt werden. In den 50 größten deutschen Städten wurde bis Ende 2002 die Möglichkeiten zur Installation von Videoüberwachungsanlagen untersucht (Forschungsprojekt des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention e.V. (www.ezkev.de) und des Bundesverband der Hersteller für Sicherheitssysteme (www.bhe.de)). Insbesondere werden die Räume einer Überwachung bedürfen, die ohne kriminalpräventive Grundstrukturen geschaffen wurden.

„Von England lernten wir, dass das vorherige Nachdenken über die Auswirkungen von bestimmten Baukonzepten bei Neubauvierteln zu einem drastischen Rückgang von Verbrechen

führen kann.“²⁶ Die Diskussion, ob Kriminalprävention im Städtebau und Architektur wirkt, haben andere Länder bereits abgeschlossen. Es wird bereits gehandelt - Zeit zum Handeln, auch in Deutschland.

¹ PROF. DR. MERLERT: Die Lust an der Zerstörung, AJS Forum 4/99

² PROF. DR. H.-D. SCHWIND, W. AHLBORN, R. WEIß, Empirische Kriminalgeographie (Kriminalitätsatlas Bochum), Wiesbaden 1978

³ PROF. DR. H.-D. SCHWIND: Kriminologie - Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 9. Auflage KRIMINALISTIKVERLAG, HEIDELBERG, 1998

⁴ K. P. STROHMEIER: Determinants of Urban Violence in the Ruhr and their Interlink ages, BOCHUM, 1999

⁵ SCHWIND/ FECHTENHAUER/ AHLBORN/ WEIß: Kriminalitätsphänomene im Langzeitvergleich am Beispiel einer deutschen Großstadt, LUCHTERHAND VERLAG, NEUWIED, 2001

⁶ PROF. DR. H.-D. SCHWIND a.o.a.O.

⁷ CH. WEICHT, Kommissariat Vorbeugung Kreispolizeibehörde Detmold: Wohnungseinbrüche im Bereich des Kreises Lippe, DER OBERKREISDIREKTOR ALS KREISPOLIZEIBEHÖRDE DETMOLD, 1998

⁸ Dr. H.-R. VOLKMANN, Institut für praktische Sozialforschung (IPSO); Bürgerbefragung zur Kriminalitätsthematik im Kreis Lippe, DER OBERKREISDIREKTOR ALS KREISPOLIZEIBEHÖRDE DETMOLD, 1996

⁹ H.-W. MEYER, A. SCHÄFER: Raub in Wohnungen, Eine Analyse des Deliktbereichs LKA NW DÜSSELDORF 2/92

¹⁰ DR. JOHN PARKER: Crime and Urban Insecurity in Europe: The Role and Responsibilities of Local and Regional Authorities, Council of Europe, International Conference, Erfurt 2/97

¹¹ J.BÄSSMANN, P. POSIEGE, Kriminalitätskontrolle in Großbritannien - Aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht, Kriminalistisch - kriminologische Forschungsgruppe, BUNDESKRIMINALAMT 1998

¹² HOME OFFICE CRIME PREVENTION CENTRE: Secured by Design, Ausgabe Februar 1996, Stafford, GB

¹³ H. VAN DEN BURG, Vortrag LBS Münster vom 18.11.99

¹⁴ J. TERPSTRA: Veilig Wonen, Vortrag im Fachform: Neue Wege in der Einbruchsprävention, EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR KRIMINALPRÄVENTION E.V., Burgsteinfurt 16.05.01

¹⁵ PAUL VAN SOOMEREN: Crime prevention solutions or Eurpe: Designing Out Crime, Vortrag Coference on the relationship between the physical environment and crime reduction and prevention, Szczecin, Poland October 2000

¹⁶ PAUL VAN SOOMEREN: a possible crime prevention solution for Europe: designing out crime (crime figures, theories, standards and networks, Vortrag EU-Conference on Crime Prevention in Sundvall, Schweden 02/2001

¹⁷ SCHWEDISCHES JUSTIZMINISTERIUM: Allas vårt ansvar. Ett nationellt brottsförebyggande program, 1996 Stockholm, Schweden Übersetzt 1998 durch Kriminalistisch - kriminologische Forschungsgruppe Bundeskriminalamt, Unser aller Verantwortung - ein nationales Programm zur Verbrechensprävention in Schweden

¹⁸ FINNISCHES INNENMINISTERIUM: Paikallisella turvallisuuysteistyöllä tulosta „Tavoitteena turvallinen ja viihtyisä lähiympäristö“ (Mit der örtlichen Zusammenarbeit für Sicherheit Ergebnisse erzielen "Als Ziel sichere und gemütliche Nahumgebung"), Helsinki 2000

19 Runderlass vom 18.08.93 „Kriminalitätsvorbeugung durch die Polizei“ (MBl.NW. 1993 S. 1512) des Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

20 Gemeinsamer Runderlass des Innenministeriums, des Justizministeriums, des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, des Ministeriums für Schule, Wissenschaft und Forschung, des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen vom 05.11.2002 (Ministerialblatt NRW Nr. 59 vom 29.11.2002)

21 R. HOMEYER, CH. WEICHT: Checkliste zur Berücksichtigung von Sicherheitsbelangen für Neubaugebiete im ländlichen Raum, DER BÜRGERMEISTER DER STADT DETMOLD, DER OBERKREISDIREKTOR ALS KREISPOLIZEIBEHÖRDE DETMOLD, 1999 (Veröffentlicht u. a. im Jahresbericht 1999/2000 der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes Stuttgart 2002)

22 H. SCHULTING: Vortrag Pilotprojekt der Kreispolizeibehörde Gütersloh „Die Präventionsplakette“, EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR KRIMINALPRÄVENTION e.V., Steinfurt, 16.05.01

23 PROF. DR. E. KUBE: Städtebau und Kriminalität, DIE KRIMINALPRÄVENTION 4/2000, ZEITSCHRIFT DES EUROPÄISCHEN ZENTRUMS FÜR KRIMINALPRÄVENTION, Steinfurt, 2000

²⁴ S. B. WOLFF, G. SEIBEL: Städtebau und Kriminalprävention, LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ, Mainz 2002

²⁵ PROF. DR. H. SCHUBERT, DIPLOM-GEOGRAPHIN A: SCHNITTGER: Sicheres Wohnquartier Gute Nachbarschaft, NIEDERSÄCHSISCHES INNENMINISTERIUM Hannover 2002

26 A. VAARKAMP: Vortrag Politiekeurmerk Veilig Wonen, EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR KRIMINALPRÄVENTION e.V., Steinfurt, 16.05.01